



Newsletter Nr. 6 vom 26. November 2020

Inhalt

Vorwort

- 1 Die nächsten öffentlichen Aktionen mit Aufstehen Bremen Beteiligung
- 2 Berichte aus den Bremer Aktionsgruppen
- 3 Presseerklärungen unter Mitwirkung von Engagierten bei Aufstehen Bremen
- 4 Persönliche Statements und Einschätzungen von einigen bei uns Engagierten
- 5 Über #aufstehen und #aufstehen-Bremen
- 6 Wie immer: der Spendenaufruf

Anhang: Veranstaltungsankündigungen von Bündnispartnern

Vorwort

Der von der Regierungspolitik ignorierte Wunsch der Mehrheit nach sozialer Gerechtigkeit und Umverteilung von oben nach unten, die Ignoranz der Politik gegenüber dem mehrheitlichen Wunsch nach Frieden, Entspannung und Abrüstung, die Lippenbekenntnisse der Politik gegenüber der unübersehbaren Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, sowie die undemokratische Einflussnahme mächtiger Konzern-Lobbygruppen auf die Politik haben uns bewogen, uns vor zwei Jahren dieser Sammlungsbewegung anzuschließen, um mit anderen Bewegungen zusammen eine Gegenkraft von unten zu entwickeln mit dem Ziel einer Politikänderung. Im Aufstehen Gründungsaufruf vom September 2018 heißt es deshalb:

„Wir werden den Sprachlosen eine Stimme und den Unsichtbaren eine Bühne geben. Wir fordern Mitsprache und Mitgestaltung für alle und nicht nur für die Wohlhabenden. Demokratische Politik muss das Rückgrat haben, Konflikte mit mächtigen Interessengruppen, etwa der Finanzwirtschaft oder den Superreichen, durchzustehen. Was die Konzerne durch ihr Geld, ihren Medieneinfluss und ihre Lobbyisten schaffen, müssen wir durch unsere Stärke, innere Toleranz und öffentliche Resonanz erreichen. Wenn die Vielen sich sammeln und nicht mehr vereinzelt bleiben, dann haben sie mehr Macht als die wenigen Privilegierten. Dann können sie ihre Interessen durchsetzen und die Politik in unserem Land verändern. Dann können Sie Menschlichkeit, Frieden, Sicherheit und Zusammenhalt ganz oben auf die Agenda setzen.“

Das von #aufstehen begonnene „sammeln und nicht mehr vereinzelt bleiben“ startete fulminant, war nachfolgend aber von mehreren Fehlern und Misserfolgen geprägt, spätestens seit den „Corona-Maßnahmen“ wurde es jäh ausgebremst. „Soziale Distanzierung“ – „Bleib zuhause“ hilft nicht gerade fürs Mobilisieren. Geplante Diskussionsveranstaltungen mit interessanten Referenten und öffentliche Aktionen mussten abgesagt werden. Soziale und ökologische Bewegungen mutierten zu digitalen Bildschirm-Meetings. - Die Debatten innerhalb von Aufstehen Bremen ähneln denen in der Gesellschaft, sie reichen von Zustimmung zu den Corona-Maßnahmen als Schutz der Gefährdeten und Akt der Solidarität, über Zweifel an der Angemessenheit der Maßnahmen, bis hin zur Infragestellung der „Killervirus-Theorie“ und der wissenschaftlichen Evidenz der ausgerufenen „pandemischen Lage von nationaler Tragweite“.

Unter Punkt vier in diesem Newsletter findet ihr konträre persönliche Erklärungen dazu und zu anderen Themen; im Sinne eines offenen, solidarischen und respektvollen Dialogs. Auf unserer WEB-Seite

steht für alle Debattierfreudigen unter „Texte“/„aufstehen kontrovers“ ein öffentlicher Raum zur Verfügung. Schickt uns Beiträge zu!

1. Die nächsten öffentlichen Aktionen mit Aufstehen Bremen Beteiligung – macht mit und bringt eure Aufstehen Fahnen, Schilder und Transparente mit!



Bundesweiter dezentraler **Aktionstag für „Abrüstung und neue Entspannungspolitik“**, in Bremen am **Freitag 4. Dezember 2020 ab 12h** auf dem Bremer Marktplatz. Das Bremer Friedensforum und #aufstehen Bremen ist zusammen mit vielen weiteren Unterstützern des Aufrufs mit dabei. In der bundesweiten Initiative „Abrüsten statt Aufrüsten“ wirken neben dem DGB, der IG Metall, Ver.di und der GEW mit: der Bundesausschuss Friedensratschlag, die Kooperation für den Frieden, die BUNDjugend, der Deutsche Kulturrat, Fridays for Future, Greenpeace, das Internationale Peace Bureau und die Naturfreunde. - Die in den Haushaltsberatungen des Bundestages in der Woche vom 7. bis 12. Dezember geplanten massiven Erhöhungen des Rüstungsetats widersprechen den Wünschen der Mehrheit in diesem Land. [Anmerkung: In anderen Städten findet der Aktionstag am 5.12. statt, in Bremen wurde der Termin um einen Tag vorverlegt.]

2. Berichte aus den zur Zeit aktiven Aufstehen Aktionsgruppen

Die Aufstehen Bremen AG Frieden



(LINK: <https://www.aufstehen-bremen.org/index.php/theme-styles/ag-frieden>) Über den Sommer fanden die Treffen im Garten von Gerhard Baisch statt; im November online. Höhepunkt war die gemeinsame Aktion am 15. Oktober mit dem Bremer Friedensforum zur „Solidarität mit Julian Assange!“. Ca. hundert Bremerinnen und Bremer demonstrierten auf dem Marktplatz. Siehe dazu auch das gute Video von Sönke Hundt.



Aufstehen Bremen verfasste zusammen mit dem Landesverband Niedersachsen-Bremen der DFG-VK eine Protesterklärung für die Presse gegen die von der Bremer Landesregierung beschlossene Ausweitung des Bundeswehreinsatzes im bremischen Zivilsektor (Kontaktverfolgung im Gesundheitsressort); die gleiche Kritik des Bremer Friedensforums und der VVN-BdA in deren Presseerklärung wurde dabei bekräftigt. <https://www.aufstehen-bremen.org/index.php/theme-features/pressemitteilungen/587-keine-ausweitung-des-bundeswehreinsatzes-im-bremischen-zivilsektor>

Die Aufstehen Bremen AG Wohnen und Stadtentwicklung

(LINK: <https://www.aufstehen-bremen.org/index.php/theme-styles/ag-wohnen>)

Treffen fanden seit Juni wieder jeden dritten Dienstag im Monat statt. Aktuelle Infos unter Termine auf der WEB-Seite. Die von der Gruppe mit angeregte Kampagne für den Bürgerantrag MIETENDECKEL BODENDECKEL, die Ende März in die heiße Phase der Unterschriftensammlung in den Ortsteilen starten wollte, wurde jäh ausgebremst durch den Ausnahmezustand und pausiert seitdem wegen der massiven Hygiene-Einschränkungen beim händischen Unterschriftensammeln. Ein weiteres Projekt ist die Unterstützung der Umgestaltung des ehemaligen Rennbahngeländes (Vahr und Hemelingen) entsprechend der Vorgaben des erfolgreichen Volksentscheids vom Mai 2019: <https://www.bi-rennbahngelaende-bremen.de/>

Wir unterstützen die "Bürgerinitiative Oslebshausen und umzu". Diese kämpft gegen eine in unmittelbarer Nähe zu Wohngebieten geplante Klärschlammverbrennungsanlage und gegenwärtig



geht es ebenfalls um die drohende Verschlimmerung der Lärmbelastung der Bewohner*innen in Oslebshausen. Denn die Nahverkehrszüge der LNVG sollen nicht mehr (wie bisher) in der Nähe des Hauptbahnhofs Bremen abgestellt und gewartet werden, sondern die Häfensenatorin Claudia Schilling (SPD) bot dafür ein formal dem Hafen gehörendes Gleis-Gelände (an der Reitbrake) direkt neben Wohngebieten in Oslebshausen an, das ca. 15 km vom Bahnhof entfernt liegt. Die Züge müssen dafür in großem Bogen "leer" durch die Stadtteile Findorff, Utbremen, Osterfeuerberg, Walle, Gröpelingen und Oslebshausen hin- und herfahren. Diese massive Lärmbelastung ist ein Bruch

der Zusicherungen im Koalitionsvertrag. Unser Mitstreiter Dieter Winge, Sprecher der Initiative, konnte bei buten un binnen dazu Stellung nehmen:

<https://www.butenunbinnen.de/videos/oslebshausen-bahnwerkstatt-laerm-dreck-belastung-protest-buergerinitiative-100.html> Weitere Infos dazu gibt es hier:

<https://www.aufstehen-bremen.org/index.php/theme-styles/ag-wohnen/591-noch-mehr-laerm-und-abgase-fuer-die-oslebshauser>

Die Aufstehen Bremen AG Demokratie

(LINK: <https://www.aufstehen-bremen.org/index.php/theme-styles/ag-demokratie>)

Die Demokratie AG wurde reaktiviert. Es entwickelt sich eine Zusammenarbeit mit den Demokraten und Demokratinnen, die die Erosion der Gewaltenteilung und die Aushöhlung unserer freiheitlichen Grundrechte (Artikel 1-19 des Grundgesetzes) kritisieren als Folge der Corona-Verordnungspolitik der Bundes- und Landesregierungen. Einige Bremer Aufsteher ergriffen die Initiative zu einem „Aufruf zum Dialog“, der von insgesamt 29 Erstunterzeichnern unterstützt wurde und (auch überregional) Verbreitung fand und verlinkt wurde. Der vollständige Aufruf ist hier zu finden:

<https://www.aufstehen-bremen.org/index.php/theme-styles/ag-demokratie/572-bremer-aufruf-zum-dialog> – Zur Zeit läuft eine Fortsetzung der Unterschriftensammlung dazu. Im „Aufruf zum Dialog“ heißt es (auszugsweise):

Bremer Aufruf zum Dialog

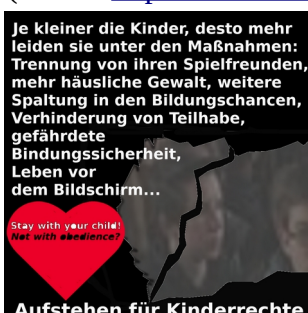
„An den Kundgebungen beteiligen sich Menschen, von denen viele bisher nicht an Demonstrationen und politischen Manifestationen teilgenommen haben. Sie wurden durch die Maßnahmen des sog. Infektionsschutzes wachsam und

politisiert. Sie hegen Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit vieler der verordneten Maßnahmen, an ihrem Sinn und an ihrer Verhältnismäßigkeit.

Es fällt auf, dass Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und viele Organisationen, die sich für soziale Gerechtigkeit und Frieden einsetzen, Bewegungen gegen Rassismus, Faschismus und Antisemitismus und jene, die eine radikale ökologische Transformation fordern, die Anliegen der Protestierenden ignorieren, gegenüber den Protesten auf Distanz gehen oder die Teilnehmer an den Kundgebungen politisch ins Abseits stellen, sie aus dem gesellschaftlichen Diskurs ausgrenzen. (...) Wir fordern die Medien und die oben angesprochenen Institutionen, Organisationen und Bewegungen auf, ihr Verhalten gegenüber den Kundgebungen und den Kundgebungsteilnehmenden zu überdenken. Wir erwarten, dass sie ernsthafte Schritte unternehmen, hin zu einem respektvollen und demokratischen Diskurs. (...)“ Der Aufruf wird unterstützt von der Initiative <https://www.bremer-freiheit.org/>

Die AG Aufstehen für Kinderrechte

(LINK: <https://www.aufstehen-bremen.org/index.php/theme-styles/ag-kinderrechte>)



Hier engagieren sich Eltern und Großeltern für ihre Rechte und die ihrer Kinder und Enkel.

Ein besonderer Aktualitätsbezug ist die Verletzung der UN-Kinderrechtskonvention in Kindergärten, Schulen und Spielorten, verbunden mit Verboten Freund*innen zu besuchen, Großeltern, Onkel und Tanten zu treffen. Die wissenschaftlich nicht haltbare Unterstellung, Kinder wären potentiell tödliche „Virenschleudern“ und die Gesundheitsgefahren, die mit dem stundenlangen Tragen von Masken verbunden sind, bereiten immer mehr

Eltern große Sorgen. Sie haben sich mit Protestbriefen und Aktionen an die Bremer Bildungssenatorin gewandt.

Ca. 35.000 Kinder unter 18 Jahre müssen in Hartz IV Armut leben, das ist ca. ein Drittel aller Kinder in Bremen. In ca. 16.000 Einelternhaushalten leben 23.000 Kinder in überwiegend prekären Verhältnissen, das ist ca. ein Viertel aller Bremer Kinder! Die meisten dieser Familien halten sich mit schlecht bezahlten Jobs, aufgestockt mit Hartz IV, über Wasser und leben in beengten Wohnverhältnissen. Es fehlen in Bremen ca. 1000 KiTa-Plätze und die die Platz finden, haben es mit übervollen KiTas und Schulen mit viel zu wenig Fachkräften zu tun. Kinder leiden unter fehlenden Erholungsflächen, Spielplätzen und schlecht ausgestatteten Freizeitheimen, sowie schlechter und teurer Verkehrsanbindung.

All das ist ein Bruch der von Deutschland ratifizierten UN-Kinderrechtskonvention und des Artikel 25 der Bremischen Landesverfassung, dort heißt es: „Jedes Kind hat ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und den besonderen Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Die staatliche Gemeinschaft achtet, schützt und fördert die Rechte des Kindes und trägt Sorge für kindgerechte Lebensbedingungen.“

3. Presseerklärungen unter Mitwirkung von Engagierten bei Aufstehen Bremen

Presseerklärung, Bremen 15. September 2020

Anfrage der FDP und zur Antwort des Senats "Die Zukunft der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Bremen?"

Die FDP-Bürgerschaftsfraktion fordert den Senat der Freien Hansestadt Bremen in einer [Großen Anfrage](#) vom 20.07.2020 dazu auf, die für Bremen "extrem wichtigen" Rüstungs- und (sogenannten) Sicherheitsunternehmen kräftiger zu fördern: „Mit „ATLAS ELEKTRONIK GmbH“, „Rheinmetall Electronics GmbH“, „Friedrich Lürssen Werft GmbH & Co. KG“ oder „Airbus Defence and Space“ (Geschäftsbereich von Airbus SE) sind große Player in Bremen vertreten. Auf Grund ihrer wirtschaftlichen Kraft ist die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie für den Standort Bremen von großer Bedeutung. Tausende Arbeitsplätze hängen vor Ort von ihrer Existenz ab.“ [Der Senat hat am 20.08.2020 geantwortet](#). [Die Debatte dazu in der Bürgerschaft wurde schon mehrmals verschoben]

Zur Senatsantwort und zur FDP-Anfrage erklärt das Bremer Friedensforum:

In der Präambel der Bremer Regierungskoalition von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke für 2019 bis 2023 heißt es: "Unser Handeln orientiert sich an Humanität. Wir setzen uns mit unseren Möglichkeiten für Völkerverständigung und für die friedliche Entwicklung der Welt ein. Dazu gehört auch ein Verbot von Rüstungsexporten in Krisengebiete." Des Weiteren gibt es in Bezug zur Umweltproblematik folgende Aussage: "Das Klimaschutzabkommen von Paris und dessen Ziele, die Erderwärmung deutlich unter 2% zu begrenzen, ist Grundlage des Handelns dieser Koalition in allen Produktionsbereichen."

Zu diesen grundsätzlichen und von uns geteilten Grundsätzen stehen die Forderungen der FDP im absoluten Widerspruch. Auch eine undifferenzierte Wirtschaftsförderung des "Dual Use" an Bremer Betriebe wie Rheinmetall, OHB, Lürssen-Werft u.a. lehnen wir strikt ab.

Die deutsche Geschichte sollte uns in einem besonderen Maße dem Frieden verpflichten. Es gibt keinerlei belastbare Hinweise darauf, dass unser Land, das der NATO, dem mit Abstand mächtigsten Militärbündnis der Welt, angehört, angegriffen werden soll. Das heutige Vernichtungspotenzial ist so groß, dass es schon jetzt die gesamte Welt in Schutt und Asche legen könnte. Dies gilt besonders für Atomwaffen. Die globalen Rüstungsausgaben belaufen sich auf mehr als zweitausend Milliarden US-Dollar. Die Bundesregierung und allen voran die Bundesministerin der Verteidigung strebt das NATO-Ziel der Erhöhung auf zwei Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts an. Diese Zielmarke würde für den ohnehin schon überdimensionierten Wehretat eine weitere Erhöhung um erheblich mehr als 20 Milliarden Euro bedeuten. Alle bisherigen und aktuellen Kriege haben keine Probleme gelöst, sondern

noch schlimmere hervorgebracht. Sie haben unfassbar menschliches Leid verursacht. Es gibt wahrlich genug berührende Bilder aus Kriegsgebieten, die das ganze Elend der Menschen und die Wucht der Zerstörung aufzeigen.

Auch wenn wir das Glück hatten, seit nunmehr 75 Jahren auf unserem Territorium von unmittelbaren Kriegshandlungen verschont geblieben zu sein, hat sich Deutschland seit 1999 (völkerrechtswidrige NATO-Luftangriffe auf Jugoslawien) bei unseren unmittelbaren europäischen Nachbarländern militärisch eingemischt. Dem folgten bis heute andauernde Auslandseinsätze u.a. in Afghanistan, im Irak, in Mali und in Syrien. Wir sind direkt von den Auswirkungen dieser und von weiteren NATO-Mitgliedern erfolgten kriegerischen Handlungen und deutscher Rüstungsexporte betroffen. Hunderttausende Menschen wurden gewaltsam aus ihren Heimatländern vertrieben, in denen sie nicht mehr friedlich und menschenwürdig leben konnten.

Der Senat drückt in seiner Antwort auf die FDP-Anfrage mehrfach aus, nicht informiert oder nicht zuständig (Bundesangelegenheit) zu sein. Er konzediert, dass es zu sogenannten "Dual-Uses" (also doppelter Nutzung) der gewährten Wirtschaftsförderung kommt, da Bremer Rüstungsbetriebe oftmals nebenbei auch zivile Produkte herstellen.

In Punkt 9 der Antwort des Senats wird der Förderung militärischer Forschung und Produktion durch Bremische Gelder eine klare Absage erteilt. Das ist erfreulich. Öffentliche Mittel dürfen nach Ansicht des Bremer Friedensforums auf keinen Fall zur Förderung von für militärische Auslandseinsätze und Export vorgesehenen Rüstungsprojekten verwendet werden. Humanitäre Projekte und Forschung für zivile und umweltfreundliche Vorhaben wären zu begrüßen und weitaus lohnender für die Bürgerinnen und Bürger. Die Herausforderung, für eine nachhaltige und friedliche Welt zu investieren und zu produzieren, ist riesig. Viele Arbeitsplätze könnten gesichert und neu geschaffen werden, die Kompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würden sinnvoll eingesetzt.

Der Senat drückt sich allerdings um eine klare Stellungnahme zum offensichtlichen Widerspruch zwischen der proklamierten Handlungsorientierung „Humanität“, „Völkerverständigung“ und „friedliche Entwicklung der Welt“ und der Bremer Realität herum: In Bremen entwickeln und produzieren die Firmen Rheinmetall Electronic, Atlas Electronic, Airbus Defense und Space, OHB und Lürssen Waffen und Kriegsgeräte, die das Gegenteil von Befriedung und Stabilisierung in Spannungsgebieten bewirken.

Dies gilt

- für militärische Auslandseinsätze und Export bestimmte Kampf- und Transportflugzeuge oder deren Teile in der Airbus Group und Premium Aerotec (Teile des Militärtransporters A400M und des Eurofighters). Airbus Defender und Space gehören zu den führenden Zentren der zivilen und militärischen Luftfahrtindustrie in Deutschland;
- für militärische und geheimdienstliche Auslandseinsätze und Export bestimmte Raumfahrtprodukte (Raketen, Satelliten, Weltraumrobotik) bei OHB, in der Ariane Group und bei Premium Aerotec. Seit OHB sich am SARah-Programm zur Weltraumaufklärung der Bundeswehr beteiligt, gehört der Konzern zu einem Unternehmen mit militärischen Anteilen. OHB ist auch involviert an Planungen für einen „Weltraumbahnhof“ in Nordholz und/oder in der Nordsee;
- für militärische Auslandseinsätze und Export bestimmte Torpedoproduktion, bzw. ihre Sensorik und Steuerung, bei ATLAS ELEKTRONIK GmbH und Rheinmetall Electronics GmbH. Atlas Electronic bietet Unterseebootssysteme wie Torpedos an. Rheinmetall Electronics liefert Missionsausrüstungen sowie Ausbildungs- und Trainingslösungen an Streitkräfte. Das Systemspektrum umfasst automatische Zielerfassungssysteme, Laserzielsysteme, Simulatoren für Kampfflugzeuge, Gefechtsübungszentren;
- für militärische Auslandseinsätze und Export bestimmte Kriegsschiffproduktion oder deren Teile in der Friedrich Lürssen Werft GmbH & Co. KG; Lürssen hat die Führungsrolle im deutschen Marine-Werftenverbund übernommen. Die geplante Aufrüstung der deutschen Bundesmarine mit

weltumspannenden Einsatzmöglichkeiten ist ein fatales Signal für noch mehr Auslandseinsätze. Die vier Fregatten (F 125), die fünf Korvetten (K 130), aktuell sind fünf weitere Neubauten dieses Typs im Gespräch, und die sechs „Mehrzweckkampfschiffe“ (MKS 180) sind zum Großteil für kommende Auslandseinsätze konzipiert. Dem Jahresbericht 2019 des Marinekommandos ist zu entnehmen, dass zum Beispiel die „Mehrzweckkampfschiffe“ für den weltweiten Einsatz zur „dreidimensionalen Seekriegsführung“ (Ziele unter Wasser, auf dem Wasser und in der Luft) vorgesehen sind.

Die Umstellung von Rüstungs- auf Zivilproduktion gehört weiterhin auf die Tagesordnung. Die Sorge der Beschäftigten in der Rüstungsindustrie um ihre Arbeitsplätze ist nachzuvollziehen, doch könnten die Bremer Betriebe die Alternativen für zivile Produktion vertiefen. Zusammen mit den Beschäftigten und ihren Betriebsräten, mit Wissenschaftlern der Universität, sollte die Rüstungskonversionsinitiative des Bremer Senats ab 1991 wieder angegangen werden.

Beispielsweise könnte für die Lürssen-Werft als Alternative zu Kampfschiffen eine Auftragsvergabe zum Bau von Schiffen für die Bergung von insgesamt 1,3 Millionen Tonnen Munition der Altlasten des Zweiten Weltkriegs in der Nordsee und 300.000 Tonnen in der Ostsee erfolgen. Für die anderen Firmen dürfte es ebenfalls Möglichkeiten geben, die zivilen Sparten zu stärken.

Nur für diese und keine anderen Bereiche sollte die Bremer Wirtschaftsförderung Mittel zur Verfügung stellen und es verbinden mit weiteren Konversionsbemühungen aller Bremer Rüstungsbetriebe. Es gilt, ausschließlich für humanitäre und ökologische Projekte nachvollziehbare und kontrollierbare Maßnahmen zu ergreifen.

Der Klimawandel ist die Folge jahrzehntelanger falscher industrie- und energiepolitischer Entscheidungen und wird heute von der großen Mehrheit der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als solcher anerkannt. Die Erwärmung der Erdatmosphäre muss gestoppt werden, anderenfalls drohen unumkehrbare gravierende Konsequenzen und millionenfaches Leid. Die Eispanzer der Antarktis, Arktis und Grönlands, die Gletscher in aller Welt schmelzen bereits rasant. Der Permafrostboden Sibiriens beginnt zu tauen, das System des Golfstroms flaut ab. Häufigere und immer extremere Hitze, Stürme, Dürren, Brände, Bodenerosion und Überflutungen kennzeichnen eine Klimakrise, die bedrohlich für das Überleben auf unserem Planeten werden kann.

In der aktuellen Debatte um Klimaschutz werden die Folgen von Militär und Kriegseinsätzen sowie von bevorstehenden "Klimakriegen" zur Abwehr von Klimaflüchtlingen und dem Kampf um verbliebene Lebensräume, Wasser und Rohstoffe absolut vernachlässigt. Das sozial-ökologische Institut für Wirtschaftsforschung hält jedenfalls Krieg und Militär für den Klimakiller Nr. 1.

Der Zusammenhang zwischen Umwelt und Rüstung liegt in der gigantischen Ausbeutung und Verschwendung natürlicher Rohstoffe und dem gewaltigen Einsatz von Energie für die Produktion des Kriegsmaterials. Erhebliche Belastungen für unsere natürliche Umwelt entstehen durch die Errichtung einer entsprechenden Infrastruktur, durch Übungseinsätze, durch Manöver und durch den militärischen Einsatz selbst.

Die Stahlproduktion und die Herstellung von Beton bedingen hohe CO₂-Emissionen. Für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, für Über- und Unterwasserschiffe wird bester Stahl; für die betonierten Verkehrswege Beton bzw. Zement benötigt. Das Militär ist einer der größten Erdölverbraucher weltweit. Der enorme Treibstoffverbrauch von Kriegsflugzeugen und -schiffen wird in dem Verbrauch von 70 bis 100 Liter Kerosin pro Minute (!) deutlich. Allein auf der umstrittenen US-Militärbasis Ramstein in Rheinland-Pfalz werden bei jährlich 30.000 Starts und Landungen 1,35 Milliarden Kubikmeter klimaschädliche Abgase freigesetzt. Boden, Wasser und Luft werden durch Chemikalien in der Nähe von Militärbasen vergiftet.

Den Zusammenhang zwischen Rüstung und Umweltverschmutzung haben erfreulicherweise die Aktivist:innen von Fridays for Future erkannt, so führten sie im August in Bremen eine Aktionstour mit dem Ziel Rheinmetall durch.

Bereits Anfang April hatte Greenpeace in einem offenen Brief an führende deutsche Rüstungsunternehmen appelliert, (...) die Verkäufe von Waffen, Munition und anderen Rüstungsgütern insbesondere an Staaten, die in Konflikte verwickelt sind, zu stoppen und zum anderen statt Rüstungsgütern jetzt dringend benötigtes medizinisches Gerät und Material zu produzieren sowie Pläne für eine nachhaltige Konversion ihrer Unternehmen zu entwerfen. Der Brief ging laut Greenpeace an Rheinmetall, Thyssenkrupp Marine Systems, Heckler & Koch, Jenoptik, Airbus, Krauss-Maffei Wegmann, Diehl, MTU Aero Engines, Hensoldt, MBDA, Lürssen, German Naval Yard und Sig Sauer. <https://www.aufschrei-waffenhandel.de/daten-fakten/ruestungskonversion/>

Das Bremer Friedensforum fordert den Senat und die Bremische Bürgerschaft auf, den oben zitierten unterstützenswerten Worten in der Präambel der Regierungskoalition von SPD, Grünen und Linken für 2019 bis 2023 auch reale Taten folgen zu lassen.

Anne Biermann-Asseln, Rodolfo Bohnenberger, Wolfram Elsner, Ekkehard Lentz

Presseerklärung, Bremen 10. November 2020

Nachlese Castor-Transport: Stellungnahme zu politischen Entscheidungen in der Pandemie

Am Anfang der 45. Kalenderwoche fand ein Castor-Transport vom britischen Sellafield in das Zwischenlager Biblis statt. Wie bei jedem Castor-Transport wurde auch dieses Mal ein großes Geheimnis um die Transportstrecke gemacht. Eine mögliche Route führte durch Bremen, und so kam es auch hier am 1. und 2. November zu Protestkundgebungen. Schon diese Geheimniskrämerei untergräbt das im Grundgesetz garantierte Recht auf Widerstand. Dabei müsste das Recht auf umfassende Information gerade anlässlich des von den Atommülltransporten ausgehenden Risikos für die Bevölkerung gewahrt werden.

Da es sich bei dem Atommüll um Abfall aus deutschen Atomkraftwerken handelt, ist nicht die Rückführung nach Deutschland das eigentliche Problem. Den jetzigen Transport sehen wir dennoch in mehrfacher Hinsicht kritisch. Zum einen wird der Atommüll nicht im Zwischenlager bleiben können, sondern muss in wenigen Jahren erneut umgelagert werden. Auch gibt es in Biblis keine Möglichkeit, marode Castor-Behälter zu reparieren. Dann austretende nukleare Strahlung würde ein ernsthaftes Risiko für die Bevölkerung einer ganzen Region darstellen.

Das eigentlich Skandalöse liegt im Wie und Wann der Transporte, zeigt es doch, dass die dieser Tage permanent getätigte Aussage, der „Schutz der Gesundheit aller“ habe absolute Priorität, immer dann Einschränkungen erfährt, wenn er staatlichen Interessen zuwider läuft. So waren zur Sicherung der Schienenabschnitte, auf denen die Castoren unterwegs waren, tausende Sicherheitskräfte – Bürger*innen in Uniform – trotz des Protestes der Gewerkschaft der Polizei im Dauereinsatz. Obwohl es, wie mehrfach betont wurde, ein Hygienekonzept gab, war klar, dass Abstandsregeln im Einsatz unmöglich eingehalten werden konnten, was auch Bilder aus Bremen belegen.

Gleichzeitig war es unter Corona-Bedingungen für die Gegenseite kaum möglich, Widerstand zu organisieren, denn Widerstand braucht die „face-to-face“ Kommunikation. Mobilisierungstreffen und Informationsveranstaltungen mussten entfallen, viele Menschen trauten sich aus Angst vor dem Virus nicht auf Kundgebungen, Mahnwachen und Demonstrationen, selbst wenn diese unter freiem Himmel stattfanden. Wenn man bedenkt, wie viele Jahre der Atommüll in Sellafield lagerte, muss sich die Politik die Frage gefallen lassen, warum der Transport unbedingt jetzt stattfinden musste.

Dass kein zwingender Grund genannt werden konnte, legt die Vermutung nahe, dass das Innenministerium, das auf den Transporttermin bestand, genau darauf gesetzt hatte. Die Pandemie wird missbraucht, um kritische Projekte an der Bevölkerung vorbei durchzupeitschen, einer Bevölkerung, deren Verständnis und Opferbereitschaft man seit Monaten strapaziert. Das betrifft nicht nur die jüngsten Castor-Transporte, sondern auch den Kauf umstrittener F-18- Bomber durch die Bundeswehr und das Festhalten an der atomaren Teilhabe. Dagegen protestieren wir auf das Schärfste. Wir nehmen diese Form der Entmündigung und das Aushebeln unserer demokratischen Rechte nicht

hin. Wir verlangen, dass gerade in diesen schwierigen Zeiten politische Entscheidungen transparent gemacht werden und wir als Bevölkerung auf allen Ebenen gehört und in wichtige Entscheidungen einbezogen werden.

Rudolph BAUER, Anne BIERMANN-ASSELN, Eva BÖLLER, Rodolfo BOHNENBERGER, Antonie BRINKMANN, Hartmut DREWES, Ingrid HEITMANN, Barbara HELLER, Sönke HUNDT, Jürgen KARBE, Andrea KOLLING, Ekkehard LENTZ, Friedrich LÜEßE, Angelika und Rainer MEDLIN, Gerd-Rolf ROSENBERGER, Gerhard SCHÄFER, Petra SCHARRELMANN, Klaus SCHIESEWITZ, Martin SCHMIDT, Hartmut STINTON, Gisela VORMANN, Dieter und Ulrike WINGE

4. Persönliche Statements und Einschätzungen einiger bei #aufstehen Bremen Engagierter nach den Ereignissen der letzten Monate (in der Reihenfolge ihres Eingangs)

Beitrag von Wolfgang Vormann

Vermutlich geht es sehr vielen Menschen in dieser Stadt und in diesem Land so wie mir: Ich weiß einfach nicht mehr, was ich noch glauben kann! Wer setzt sich für vertrauensvolle politische Ziele ein?

Es ist nicht besonders schwer, die Probleme und Handlungsbedarfe zu benennen: es sind die Sorgen der Bürger, die es schon seit langem gibt; nur die Hoffnung auf Veränderung wird kleiner. Eigentlich geht es doch um Folgendes: Soziale Gerechtigkeit (Steuergerechtigkeit, verträgliche Mieten, gesicherte Renten, ..), Umsetzung der Menschenrechte (keine Ausbeutung der Schwellenländer, keine verdeckte Unterstützung korrupter Regime, statt dessen Bekämpfung von Fluchtursachen, Integration von bereits Geflüchteten), Nachhaltigkeit (auch in der Zukunft wollen Menschen noch wirtschaften können, eine lebenswerte Umwelt vorfinden und ihre Menschenwürde bewahrt wissen) und Frieden!

Alle Menschen wollen das! – Jedenfalls, wenn man sie danach fragt. – Alle politischen Parteien versprechen das; die einen mehr das Eine, die anderen mehr das Andere. Aber sie versprechen es nur – und tun nicht das zur Erfüllung, was sie vorher versprochen haben. Sie nutzen das Wählervolk aus, um Macht für Wenige zu sichern, Kapitalströme „von unten nach oben“ zu lenken, der Öffentlichkeit ein Bild von einer „heilen Welt“ vorzuspielen und natürlich um Mandate zu sichern und Lobbyisten zu befriedigen. Die großen Volksparteien haben diese Rolle zu lange gespielt und verlieren an Zuspruch. Man sollte doch meinen, dann wächst dort etwas Besseres nach! Aber davon spürt man nichts. Irgendwann, vor vielen Jahren, waren beispielsweise die Grünen mal die Hoffnungsträger für eine bessere Zukunft. Dann gewannen sie an Stimmen und damit an Mandaten, sie kamen aus der Oppositionsrolle in politische Verantwortung. Die Kompromisse gegenüber den Machteliten wurden immer „großzügiger“ bis schließlich kaum noch ein Unterschied zu den „etablierten“ Volksparteien zu erkennen war. Wer von den Politikern diesen Gesinnungswechsel nicht mitmachte, wurde entweder in Skandale verwickelt, isoliert oder krank. Bei der Partei Die Linken ist zurzeit eine sehr ähnliche Entwicklung zu sehen. Warum ist Sahra Wagenknecht in die Rolle gedrängt worden, in der sie jetzt ist? Was ist aus der bedingungslosen Friedenspolitik der Linken geworden?

Ich bin jetzt im Rentenalter und habe – soweit ich mich erinnern kann – immer nur „links“ gewählt. Ich weiß heute nicht mehr, wem ich bei der nächsten Wahl meine Stimme geben soll. Natürlich, Demokratie besteht nicht nur aus Parteipolitik. Sie besteht auch aus den Tausenden von Stimmen von Menschen auf der Straße. Wenn man auch nur ein bisschen politische Verantwortung in sich spürt, ist man aufgefordert, sich zu artikulieren. Demonstrationen, Kundgebungen, Unterschriftenaktionen, Petitionen, Bürgerinitiativen – es gibt so viel zu tun! – Und so viel wird getan! Aber wo bleibt der Output? Wo ist die Veränderung spürbar?

Beispiel „fridays for future“; den meisten der Schüler*innen war es bestimmt sehr ernst. Und alle Politiker konnten nicht aufhören zu loben, wie toll es doch sei, dass die Jugend wieder so engagiert ist. Aber natürlich hat man auch rechtzeitig dafür gesorgt, dass man nicht wirklich ökologische Veränderungen herbeiführen musste: In der öffentlichen Wahrnehmung wurden die führenden Köpfe von fff zu „abgehobenen Akademikerkindern“ gemacht und Gretas „How dare You?!“ verkam zur Karikatur. Die Medien hatten schöne Bilder von Straßen voller Schülern mit bunten Plakaten und das war’s!

Warum ist die Sammlungsbewegung #aufstehen nicht zu der großen Stimme der Millionen geworden, sondern es sind einige eifrige Gruppen in der Republik, die nicht aufgeben wollen, für das Gute zu kämpfen? – Geht es der „Mitte der Gesellschaft“ noch zu gut? Liegt es an der Berichterstattung der Mainstream-Medien?

Ich glaube, es liegt zu einem wesentlichen Teil an dem „Kampf um die Deutungshoheit“. Laut Wikipedia bedeutet „Deutungshoheit die konkrete Umsetzung eines Letztbegründungs-Anspruches zu Gunsten dessen, was ein Träger der Deutungshoheit als Berechtigung und/oder Wahrheit zu erkennen glaubt.“ Ich meine mit „Kampf um die Deutungshoheit“ die Auseinandersetzung die zwischen Beteiligten mit Medien, wo es nicht mehr um eine Abwägung von Fakten (und daraus resultierenden Handlungsmaximen) geht, sondern nur um die Frage: wer gewinnt in der geführten Kontroverse am meisten Anhänger?

So werden politische Ansprüche der Benachteiligten zur Farce gemacht: Was hat die Ungleichbehandlung von Menschen mit dunkler Hautfarbe mit dem Ruinieren von Denkmälern zu tun? Wieso sorgt ein Gendersternchen für Gleichberechtigung von Frauen? Wieso gibt es bei uns eine Sicherheitsbedrohung durch andere Staaten, wenn wir doch mit fast allen Nationen der Welt Geschäfte abschließen? – Immer wenn eine Person in der Öffentlichkeit oder in den Social Medias eine Meinung äußert, gibt es immer gleich ein „Dann musst du aber auch daran denken ..“ und so wird alles zerfleddert.

„Die Gesellschaft ist gespalten.“ Hört man an vielen Stellen. Und es gibt immer mehr spaltende Kräfte. Leute, die für ihre Grundrechte kämpfen oder die in der Pandemie um ihre Existenz fürchten, werden als Rechte und Esoteriker abgestempelt. Es muss nur in den Mainstream-Medien oft genug gesagt werden, dann glauben es bald weite Teile der Bevölkerung. Schlimmer noch: die Bewegungen müssen sich gegen Vereinnahmung durch andere, extreme politische Kräfte zur Wehr setzen!

Das Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien ist bei mir und vielen anderen geringer als je zuvor. Man muss stundenlang im Internet in alternativen Medien forschen, um einigermaßen objektiv informiert zu sein. Allerdings wird es auch hier immer schwieriger, die Wahrheiten zwischen den Hasstiraden herauszufiltern. – Warum muss eine andere Meinung immer gleich als Feindbild gesehen werden? Es ist doch zunächst einmal nur eine andere Meinung. Und indem man sich zusammenschließt und darüber redet, kann man zu einer gemeinsamen Basis kommen. – Die modernen Kommunikationsmöglichkeiten bieten durch die Anonymität des Internets drastische Möglichkeiten der verbalen Konfrontation. Es scheint inzwischen selbstverständlich, dass ein politisch Andersdenkender ein auszumerzender Feind ist. Der gerade abgewählte amerikanische Präsident hat nicht wenig dazu beigetragen, dass dieses Verhalten „salonfähig“ wird. Den politischen Akteuren in unserem Land und den dahinter stehenden Lobbyisten kommt es gerade recht! So lässt es sich viel medienwirksamer begründen, dass beispielsweise härtere Polizeigesetze nur zum Schutz der Leute gemacht werden.

Wo bleibt das „Gemeinsam sind wir stark!“? – Warum fällt es uns so schwer, uns zu solidarisieren? – Man kann sich doch auch zusammentun ohne in allen Facetten die selbe Meinung zu haben! – „Die da oben“ haben diese Probleme offenbar nicht.

Beitrag von Ekkehard Lentz

Thesen Covid und wir

- 01) Die Tatsache einer durch Covid-19 (oder wie immer das Virus benannt wird) verursachten Pandemie, mit inzwischen Millionen Infizierten und mehr als einer Million Toten weltweit, ist nicht zu bestreiten.
- 02) Ob die Maßnahmen der Bundes- und Landesregierungen und der Kommunen zur Eindämmung der Pandemie geeignet sind oder waren, darüber kann man (sehr) unterschiedlicher Auffassung sein.
- 03) „Aufstehen (Bremen)“ als Organisation/politische Formation sollte sich zu diesen Fragen nicht generell äußern, 1. weil wir dazu keine wirklich spezifische Kompetenz haben, 2. keine gemeinsam diskutierten und abgeschlossenen Positionen zum Thema Corona haben, 3. die Meinungen unserer Mitstreiter*innen teilweise stark differieren, 4. die Gefahr bei einer Positionierung besteht, bisherige Unterstützer*innen zu verlieren.
- 04) Natürlich steht es uns frei, sich als (Einzel-) Personen an der Diskussion, an Aufrufen und/oder an Kundgebungen zu beteiligen und dabei unsere Themen einzubringen, z.B. keine neuen Waffenprojekte im Schatten der Pandemie durchsetzen, Senkung der Rüstungsausgaben, aber auch eine sozial gerechte Verteilung der Lasten bzw. der Folgekosten der Pandemie.
- 05) Menschen, die kritische Fragen stellen, dürfen nicht von vornherein diskriminiert und ausgegrenzt werden, z.B. durch die Etikettierung als „Verschwörungstheoretiker“ oder „Coronaleugner“ oder „Covioten“. Diskussionen sollten sachlich und konstruktiv und im gegenseitigen Respekt geführt werden.
- 06) Wichtig bleibt, unsere Anliegen des Gründungsaufrufs von „Aufstehen“ (September 2018) nicht aus den Augen zu verlieren: für Gerechtigkeit und sozialen Zusammenhalt, für Frieden und Abrüstung, für die Wahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.
- 07) Die Möglichkeit, öffentliche Versammlungen durchzuführen ist weiterhin - trotz mancher zweifelhafter polizeilicher Einsätze - gegeben. Demokratische Grundrechte schützt man, indem sie wahrgenommen werden.
- 08) Wir arbeiten nicht mit rechten (= rassistischen, militaristischen, faschistischen, antisemitischen) Organisationen und Personen zusammen.
- 09) Meiner Meinung sollten keine Aufstehen-, Pace-Fahnen o.ä. auf „Corona“- bzw. „Hygiene“-Demos mitgeführt werden, es ist problematisch, da diese zum Beispiel mit der Friedensbewegung – wie bereits mehrfach geschehen - identifiziert werden.
- 10) Nach der Beschlussfassung im Bundestag vom 18. November über das „Dritte Bevölkerungsschutzgesetz“ der Bundesregierung stimme ich Sahra Wagenknecht zu: „Der Kampf gegen das Virus darf nicht länger abseits demokratischer Kontrolle stattfinden.“
- 11) „Gerade in Zeiten der Corona-Krise ist internationale Zusammenarbeit ein dringend notwendiges Gebot. Dabei sind auch Lehren aus dem Corona-Krisenmanagement anderer Länder zu ziehen und eine international koordinierte Entwicklung von Impfstoffen und Medikamenten für alle Staaten auf kostengünstiger Basis anzustreben. Nicht gebrauchen können wir die bestehende, zugespitzte Sanktionspolitik, nationalistische Vorteilssuche und den zunehmenden Feindbildaufbau gegenüber

China/Russland.“ (Zitat Attac-AG Globalisierung und Krieg zum bundesweiten Aktionstag für „Abrüstung und neue Entspannungspolitik“ am 5. Dezember 2020)

12) Ein Evaluationsprozess der Corona-Regelungen der Bundesregierung ist erforderlich, um die Einschränkungen der Grundrechte, die erfolgt sind, zu überprüfen und aus Fehlern gegebenenfalls zu lernen, auch für künftige Krisen.

13) Bei den "Lockdown"-Einschränkungen geht es für viele um die berufliche Existenz. Viele Menschen leiden sehr unter den Kontaktverboten. Mehr arme als reiche Menschen sterben an Corona. Selbst unser, im Weltmaßstab gutes Gesundheitssystem, ist völlig unterfinanziert und unterbesetzt. Das enorme Ungleichgewicht zwischen Arm und Reich hat drastisch zugenommen, aber zahlen die Reichen entsprechend? Diese Fragen müssen benannt und diskutiert werden.

Bleibt gesund! Ekkehard Lentz

<https://www.facebook.com/ekkehard.lentz>

<https://twitter.com/ekkehardlentz1>

<https://www.instagram.com/lentzekkehard/>

Beitrag von Rudolph Bauer

Auszug aus einer etwa viermal so langen Textversion einer Rede von Prof. Dr. Rudolph Bauer am 18. November 2020 auf dem Bremer Marktplatz. Der vollständige Text „Corona und der große Zusammenhang“ findet sich unter diesem Link auf unserer WEB-Seite unter [texte/aufstehen kontrovers: https://www.aufstehen-bremen.org/index.php/pages/609-corona-und-der-grosse-zusammenhang-von-rudolph-bauer](https://www.aufstehen-bremen.org/index.php/pages/609-corona-und-der-grosse-zusammenhang-von-rudolph-bauer)

(...) **Fassen wir zusammen:**

1. Corona stellt viele wichtige, schon vorher bestehende Probleme und Widersprüche in den Schatten.
2. Corona bzw. die dagegen ergriffenen Maßnahmen schaffen zusätzliche neue Probleme.
3. Die anlässlich von Corona beschlossenen Maßnahmen legitimieren milliardenschwere Hilfsprogramme, die beitragen zur totalen Digitalisierung, d. h. zur Einbindung in ein autoritäres Überwachungssystem aufgrund unserer persönlichen Daten, ferner zur Entwicklung neuer Energieträger (Wasserstoff), zur Herstellung eines Impferums für Massenimpfungen, zur Formalausstattung von Bildungseinrichtungen, ohne Bildungsanspruch und Befähigung zur Kritik, usw.
4. Die angeblich durch Corona „bedingten“ Maßnahmen zur Freiheitsbeschränkung beinhalten ein Disziplinierungsprogramm, das auf Befehl und Gehorsam rekurriert, bei Zuwiderhandlung Strafen!
5. Das verfassungswidrige Bevölkerungsschutzgesetz stellt ein staatliches Handlungsinventar zur Verfügung, das die Demokratie aushebelt und im Fall von sozialen Unruhen und Streiks zum Einsatz kommt, um politische Kontrolle auszuüben.
6. Das Bevölkerungsschutzgesetz schützt nicht die Bevölkerung, sondern in erster Linie die Regierenden, die sich offensichtlich verrannt haben. Vorerst ermöglicht es ihnen, ihr „Gesicht“ zu wahren

- a. angesichts vieler, in der Bevölkerung inzwischen aufgekommener Zweifel an der Zweck- und Verhältnismäßigkeit der bisherigen Entscheidungen;
- b. angesichts der Tatsache, dass der Virus-Schock seitens der Hightech-Industrie, des pharmazeutisch-industriellen Komplexes, der Autobranche sowie der Fluglinien und Airports instrumentalisiert wurde, um milliardenschwere Subventionen zu ergattern, die von den Regierungen verantwortungslos verteilt wurden und unermessliche Schulden zur Folge haben.

7. Während Corona die politische Agenda bestimmt, werden unter der Hand Fakten geschaffen. Ein neuer Medienstaatsvertrag tritt in Kraft. Das Cyber-Abwehrzentrum der Bundeswehr wird ausgebaut. In unverfrorener Weise wird militärisch gerüstet, werden Waffen exportiert, werden Kriege vorbereitet. Noch in diesem Monat werden für 5,4 Milliarden Euro (Kostensteigerung nicht ausgeschlossen) 38 Eurofighter bestellt. Deutschland weigert sich, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen.

8. Das Bevölkerungsschutzgesetz weist historische Parallelen zur Bevölkerungspolitik des Nazifaschismus auf. (...)

Beitrag von Rodolfo Bohnenberger

1. Wo stehen wir? Bündnispartner und Parteienlandschaft.
2. Die gegenwärtigen Krisen und die große Agenda der herrschenden Eliten
3. Welche Funktion und wissenschaftliche Evidenz hat die angsterzeugende Erzählung eines angeblich völlig neuartigen „Killervirus“?
Literaturhinweise und -empfehlungen

Zu 1) Wo stehen wir zwei Jahre nach der #aufstehen-Gründung im September 2018 ?

- **Die gesellschaftliche Spaltung in arm und reich** hat sich weiter verschärft. Die Lage der abgehängten „Sprachlosen“ und „Unsichtbaren“ (Gründungsaufruf) ist zum Verzweifeln: grassierende Niedriglöhne, Minijobs, Leiharbeit und Soloselbständigkeit, prekär lebende Alleinerziehende und Rentner*innen, in Armut aufwachsende Kinder und junge Menschen ohne Perspektive; Millionen in Hartz IV(überwiegend Aufstocker!) und Erosion der Tariflohnsysteme (außer bei den Stammbeslegschaften großer Betriebe) - eine heillose Zersplitterung und Spaltung der Lohnabhängigen. Spätestens nach dem großen Verrat in der SPD/Grünen Periode 1998-2005 grassiert ein wachsendes Misstrauen gegenüber dem Parteienkartell der Regierenden.
- **Die Militarisierung und die Rüstungsspirale** - mit Bremen als einer Hochburg – wurde und wird weiter hochgeschraubt und der propagandistische Feindbildaufbau einer konstruierten Gefahr aus „dem Osten“ (Russland und China) hat bedrohliche Ausmaße angenommen. Mit Heiko Maas als Außenminister hat sich die SPD nichts mehr mit Willy Brandts Friedens- und Entspannungspolitik zu tun. In ihren letzten Rede hat Annegret Kramp-Karrenbauer sich wieder als unterwürfige US-Vasallin entlarvt und die CDU/CSU lässt sie gewähren. Und mit ihrem Entwurf des Grundsatzprogramms marschieren die Grünen in Richtung steigender Rüstungsausgaben, mehr Auslandseinsätze der Bundeswehr und mehr Waffenexporte aus Deutschland raffiniert kaschiert unter den „europäischen Normen“, also unter Umgehung demokratischer Kontrolle in Deutschland. - Eine Katastrophe für eine ehemalige Friedenspartei. Dazu passt, dass sie nun auch noch die Forderung nach Volksentscheiden aus ihrem Programm tilgen.
- **Profitgetriebene Großkonzerne und ihre Lobbygruppen** in den Parlamenten und Regierungen steuern über Think Tanks wie der Bertelsmann Stiftung die Regierungspolitik oder bestimmen direkt in „Merkel-Gipfeln“ und erst recht in „EU-Runden“ stärker denn je den politischen Kurs. Sie schaffen es mühelos mithilfe der Milliarden „Corona-Kredite“ zu den Profiteuren der Krisen-

Rettungspakete zu werden. Der Mittelstand, das kleine Unternehmertum, Gastwirte, Hoteliers und die Veranstaltungsbranche werden massenhaft dem Konzentrationsprozess des Kapitals geopfert.

Wie steht es um die Gegenkräfte, die Basisbewegungen und mögliche Verbündete in Parteien?

Bis zum Ausnahmezustand Ende März 2020 forderten mit „Fridays for Future“, „Ende Gelände“, „Hambi bleibt“, „Stopp Ramstein“, „Mietenwahnsinn“, „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ usw. hoffnungsvolle, große und vielfach auch junge Bewegungen ihren Anspruch auf eine soziale, ökologische und friedliche Umgestaltung unserer Gesellschaft ein. Seit Monaten setzt sich eine wachsende Zahl von Menschen aus der Mitte der Gesellschaft für Eltern- und Kinderrechte, für Demokratie und Grundrechte ein; sehr unterstützenswerte Anliegen, deren Bewegungen differenziert zu würdigen sind. Die Gewerkschaftsbewegung für Erhöhung der Tariflöhne (z.B. im öffentlichen Dienst) konnte unter den deutlich erschwerten Bedingungen des Ausnahmezustands und drohender Arbeitsplatzverluste kaum etwas erreichen, bzw. ein eher mageres Ergebnis erzielen. Der DGB verlegte den 1. Mai – den Kampftag der Arbeiterklasse - ins Internet; die Friedensbewegung tat das Gleiche mit den Ostermärschen und den Stopp-Ramstein Aktionen.

Die ursprünglich von #aufstehen adressierten linken Kräfte in den Parteien SPD, Grüne und DieLinke (PdL) schwinden dahin. Von einer linken (d.h. soziale Gerechtigkeit umsetzender) Politikgestaltung in den Parlamenten können wir nur noch träumen, im Gegenteil. Die PdL entpuppt sich besonders in den Bundesländern, wo sie mitregiert (Thüringen, Berlin und Bremen), immer mehr als Partei

- die als Preis für eine Regierungsbeteiligung liebäugelt mit der Duldung militärischer Auslandseinsätze (natürlich humanitär verbrämt), und unter dem Tarnmantel „Solidarität und Menschenrechte“ völkerrechtswidrige wirtschaftliche Sanktionen gegen souveräne Staaten befürwortet; wie gerade anschaulich in der Bremischen Bürgerschaft am Beispiel von Belarus zu beobachten war. [Hier der LINK zu dem Beschluss.](#)
- die die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge (z.B. Nahverkehr, Schulen & KiTas), eine industriefreundliche Gewerbeflächenpolitik, die Auslieferung unseres kommunalen Bodens an „Investoren“ und die Übergabe des Universitätscampus in Bremen Nord an zwei private Weltkonzerne des digitalen Kapitalismus (SAP und Neusoft) durchwinkt.
- die den jahrzehntelangen Nachkriegs-Konsens „Kein Einsatz der Bundeswehr im Inneren“ obsolet macht. Soldaten der Panzerbrigaden Oldenburg und Munster machen nun Kontaktnachverfolgung im Bremer Gesundheitsamt. Kritik daran wurde von führenden Köpfen der Bremer PdL in Facebook als „Korinthenkackerei“ bezeichnet. [Hier die Infos dazu.](#)
- die über das Corona-Kabinett (in Bremen mit der Gesundheitssenatorin und dem ihr unterstellten Gesundheitsamt) die UN-Kinderrechtskonvention verletzt und elementare Grundrechte aushebelnde Maßnahmen gegen Eltern, Kinder und Jugendliche verordnet.
- Die nächste Bundesregierung ab Herbst 2021 wird mit größter Wahrscheinlichkeit aus einer Koalition aus CDU/CSU mit Bündnis 90/Die Grünen bestehen. SPD und PdL werden – so alle bisherigen Prognosen - bei der nächsten Bundestagswahl zum Teil heftige Verluste einfahren.

Drei neue Parteien werden bei der nächsten Bundestagswahl antreten. Sie sprechen jeweils unterschiedliche Milieus an, die sich vom herrschenden Parteienkartell enttäuscht abgewendet haben:

- <https://teamtodenhoefer.de/> Bei seinen vielbesuchten Buchvorstellungen in ganz Deutschland in den letzten Jahren, wünschten sich viele ein entsprechendes Wahlangebot. Todenhöfer ist nun aus der CDU ausgetreten und hat diese neue Partei mit vielen jungen Leuten gegründet. Hier sammeln sich Friedensbewegte, die sich große Sorgen um die wachsende Kriegsgefahr machen. „Wir brauchen eine gewaltfreie Kulturrevolution. Einen Aufstand der Anständigen gegen die Unanständigen. Wir müssen endlich alle Menschen so behandeln, wie wir selbst behandelt werden wollen.“ (Todenhöfer)
- <https://www.klimaliste.de/> Die Klimaliste Deutschland will die Durchsetzung konsequenter Klimaschutzmaßnahmen. Die erste Generalprobe werden diverse Kommunalwahlen und die Landtagswahl in Baden-Württemberg am 14.03.2021 sein, wo die Klimaliste von Winfried

Kretschmann bereits als gefährliche Konkurrenz zu seinem Autokonzern freundlichen Kurs identifiziert worden ist.

- <https://diebasis-partei.de/> Sie vereint „Menschen, die in Frieden und Freiheit leben möchten. Sie will transparente Politik und direkte Demokratie entwickeln.“ Sie setzt sich ein „für eine gerechtere, freiere Welt, in der der Mensch wieder Mensch sein kann, in der alle selbstermächtigt und empathisch ihre wahre Natur leben können.“ Sämtliche Corona-Maßnahmen sollen sofort aufgehoben werden.

Zu 2) **Die gegenwärtigen Krisen und die große Agenda der herrschenden Eliten**

Nach dem Fast-Kollaps des westlichen Banken- und Finanzsystems 2007/2008 wurde lediglich Zeit erkaufte über Geld drucken („quantitative easing“ genannt) Die FED und die EZB pumpten Billionen als Kredite („aus dem Nichts“) in die Finanzmärkte. Das Exportmodell Deutschland, das innerhalb des Euro-Währungssystems die südeuropäischen Länder in den Ruin treibt, blieb unangetastet. [Die EU-Konstruktion](#) (nicht zu verwechseln mit Europa) zerlegt sich schleichend von innen her und mutiert immer mehr zu einem Militär- und Kontrollapparat. Die anvisierte Bargeldabschaffung und das digitale Konto für alle bei der EZB könnte der Gipfel dieser Kontrollwut werden. - Die systemische, soziale und ökologische Krise des finanzierten Kapitalismus steuert auf gravierende Kipp-Punkte zu. Das ist den Klügeren unter den herrschenden Eliten längst klar geworden; sie suchen „Lösungen“, die ihren Reichtum und ihren Machterhalt nicht antasten.

Geopolitisch erleben wir den Übergang von einer jahrzehntelang vom US-Imperium über Öl, Dollar und einer gigantischen Militärmacht dominierten Welt zu einer multipolaren Welt mit dem wirtschaftlich in Riesenschritten aufstrebenden und teilweise schon überholenden China. Unser natürlicher europäischer Handelspartner Russland wandte sich im Zuge der unsäglichen Sanktionspolitik immer stärker China zu. China ist nun der größte Warenlieferant und Handelspartner Deutschlands. In dieser geopolitischen Mega-Konfrontation feuert das US-Imperium seit Jahren mit unzähligen regionalen Kriegen die Weltkriegsgefahr an, z.B. im Balkan, zwischen schwarzem Meer und Kaspischem Meer und in Nahost. Das wird unter US-Präsident Biden möglicherweise sogar noch schlimmer werden, nur nicht so „trampelig“. Die NATO-Bindung macht Deutschland zum Spielball und Vasallen des US-Imperiums. Unerträglich selbstmörderisch mutet es an, wenn von deutschen Flugplätzen aus, mit deutschen Piloten, von US-Generälen kommandierte Atombombenabwürfe auf europäischem Boden geübt werden.

Die TOP-CEO's weltweit agierender Riesenkonzerne zelebrieren jährlich im Winter zusammen mit politischen Eliten, Vordenkern und Journalisten auf Einladung von Klaus Schwab das „Kloster-Treffen“ des Weltwirtschaftsforums ([World Economic Forum](#), kurz WEF – formal eine Stiftung) im schweizerischen Davos. Demokratisch nicht legitimierte Machttakteure bereiten hier kommende Weltpolitik in „Hinterzimmern“ vor. In den WEF-Reports der letzten Jahre und nun in Klaus Schwabs neuestem Buch: „Covid 19 - The Great Reset“ (Juli 2020); „Der große Umbruch“ (Sept. 2020) entfaltet sich ein dystopisch (Gegenteil von Utopie) anmutendes Szenario. Ein paar Kostproben aus Schwabs Buch: "Viele von uns fragen sich, wann wir wieder zur Normalität zurückkehren werden. Die kurze Antwort lautet: Nie." ... "Die Welt, wie wir sie in den ersten Monaten von 2020 kannten, gibt es nicht mehr. Sie hat sich im Kontext der Pandemie aufgelöst." ... "Die Folgen der Pandemie sind vergleichbar mit denen eines Weltkriegs." ... "Die Möglichkeiten der Veränderung und die daraus resultierende neue Ordnung sind jetzt unbegrenzt." - Wie solch eine „Unbegrenztheit“ vielleicht aussehen könnte, erfahren wir von dem Multimilliardär Elon Musk, beteiligt am Online-Bezahlsystem PayPal, am privaten Raumfahrtunternehmen SpaceX und Chef des Elektroautoherstellers Tesla. Mit seinen [Gehirnchips „Neuralink“ will er Gedanken auf den Computer übertragen](#). Soll so unsere Zukunft aussehen: Arbeitsame Humanoiden mit Digital-Schnittstellen im Hirn?

Diese „neue Normalität“, diese „new world order“ soll alles Bisherige hinter sich lassen. Die neoliberalen Konzepte der freien Märkte und des sich zurückziehenden Staates der letzten 50 Jahre

wurden als nicht mehr dienlich erkannt, Demokratie ist hinderlich. Führung durch eine selbsternannte Elite, Softpower (Propaganda und Zensur), und Hardpower (und wenn du nicht freiwillig folgst, dann ...) sind nun angesagt. - Wir müssten uns „alternativlos“ der sich vollziehenden [4. industriellen Revolution](#) fügen: Digitalisierung, Roboterisierung, Biochemie und sog. „künstlichen Intelligenz“ – geteuert von Kapitalverwertungsinteressen. Das müsse auch – dabei geschickt an WEF-Gast Greta Thunberg anbietend - genutzt werden für eine ökologische Transformation und (zum Machterhalt) begleitet sein von einer Abmilderung der sozialen Spaltung durch höhere Vermögenssteuern. Denn sonst drohten Revolten und Gewalt. Von einem Ende der Herrschaft dieser (finanz)kapitalistischen Eliten und ihres gigantischen Reichtums ist in den Erzählungen des Klaus Schwab allerdings niemals die Rede.

Zeitgleich mit dem letzten WEF Jahrestreffen in Davos mit ca. 2000 Teilnehmern vom 21. und 24. Januar 2020 vollzog sich die weltweite Errichtung des Corona-Regimes bis zum März. [Covid 19 wurde nun zur Ursache und Anlass für alles](#), was vorher schon in den WEF-Programmen in der Pipeline war. Corona ist der Katalysator für einen ökonomisch-sozialen Umbruch, der sich seit Jahren vollzieht. Nun ist der Moment gekommen zum augenblicklichen [Start des „Great Reset“](#). - Seit Jahren wurden [in öffentlich dokumentierten \(von Eliten durchgespielten\) Planspielen](#) Szenarien mit pandemisch sich ausbreitenden Killer-Viren erprobt, in denen eine durchdigitalisierte und durchgeimpfte Kontrollwelt als „Lösung“ erprobt wurde. (vgl. Schreyer 2020)

Zu 3) Welche Funktion und wissenschaftliche Evidenz hat die angsterzeugende Erzählung eines angeblich völlig neuartigen „Killervirus“?

Seit Jahrtausenden sind Tiere und Menschen mit unzähligen, ständig mutierenden Erregern unterschiedlichster Art in unserer natürlichen Mitwelt und Umwelt konfrontiert gewesen und haben in Koexistenz und nur Dank eines funktionierenden Immunsystems überlebt. Schon vor über 100 Jahren gab es unter weltbekannten Medizin-Wissenschaftlern, wie Antoine Béchamp und Louis Pasteur in Frankreich, erbitterte Debatten um grundlegende Erklärungen für die Ursachen von Krankheiten und geeignete Methoden der Gesundheitsförderung: „[Der Erreger ist nichts, der Wirt ist alles!](#)“, sagten die einen. - Der Erreger verursacht alles und die Impfung ist unsere alleinige Rettung, meinten die anderen. Die Einengung des Debattenraums auf Killerviren und (nur noch) Impfungen blieb schon damals nicht unbeeinflusst von einer profitgetriebenen Pharmaindustrie, die seit hundert Jahren Milliarden daran verdient hat und die Nebenwirkungen vieler ihrer Impfkampagnen, bzw. ihrer angeblichen Super-Medikamente, vertuschen konnte. Sichere Impfungen („safe vaccines“) und eine breite Gesundheitsvorsorge sind sicherlich ein Segen, werfen aber nicht so viel Profit ab.

Das letzte in einem [Untersuchungsausschuss im Europarat 2010](#) aufgearbeitete Kapitel eines pharmagesteuerten Desasters war die konstruierte Legende einer gefährlichen Schweinegrippen-Pandemie 2009 und die vertuschten Narkolepsie-Fälle als Folge der Impfkampagne mit Pandemrix. In Deutschland scheiterte die sündhaft teure Pandemrix-Impfkampagne glücklicherweise am Widerstand in der Bevölkerung und der Ärzte in den Arztpraxen. In Schweden und USA allerdings nicht, was hunderte von Narkolepsie-Geschädigten zur Folge hatte. Der jetzige führende schwedische Epidemiologe Anders Tegnell war damals mitverantwortlich.

Studien einer weltweit größer werdenden [Wissenschaftler-Community](#), darunter auch weltbekannte und renommierte Virologen und Epidemiologen (s.u.) weisen auf Folgendes hin:

1. Wir müssen mit dem (Corona)Virus und seinen Mutationen, dessen Verbreitung wir – wie bei allen Viren - letztlich ohnehin nicht verhindern können, leben lernen.
2. Die behauptete Übertragung des Corona-Virus durch symptomlose Menschen (also schlicht „Gesunde“) ist eine konstruierte Erzählung ohne medizinische Evidenz.
3. Ein positiver PCR Test ist nicht geeignet, etwas über eine Infektion auszusagen, so auch der Erfinder des Tests selbst. Der Anteil falsch-positiver Testergebnisse ist hoch. Deshalb muss die am 18.11.2020 im Bundestag zum zweiten mal politisch beschlossene „epidemische Lage von

nationaler Tragweite“ nach dem Infektionsschutzgesetz in einem wissenschaftlichen Untersuchungsausschuss überprüft werden.

4. Die Hauptvoraussetzung für die gesunde Abwehr von Infektionen und Erkrankungen, auch der Erkrankung Covid 19, ist ein funktionierendes Abwehr- und Immunsystem. Ca. 85-90% erkranken gar nicht, und die meisten der Erkrankten haben leichte Verläufe. Die Art der bisherigen Maßnahmen ignoriert die bereits über Jahre erworbene Kreuzimmunität, auch gegen Covid 19.
5. Wir haben keine Übersterblichkeit, auch nicht in der jetzigen Wintererklärungszeit. Das beweisen die offiziellen Statistiken in den meisten Ländern. In Deutschland haben wir allenfalls ein Pflegepersonalproblem, keinen Mangel an Räumen und Technik für Intensivbehandlungen. Nicht zu verstehen ist übrigens der „von oben“ angeordnete Abbau von Intensivbettenkapazitäten in Deutschland seit Juli 2020.
6. Dass Menschen hohen Alters, die gleichzeitig durch Vorerkrankungen immungeschwächt sind, von schweren Lungenerkrankungen tödlich bedroht sein können, darf nicht verharmlost werden, weshalb für diese (und andere) Gefährdetengruppen gute Schutzmaßnahmen notwendig sind. Die aktuellen Regierungs-Maßnahmen legen jedoch keinen Fokus auf diese Notwendigkeit (dem schwedischen Modell entsprechend), sondern setzen auf sündhaft teure und nutzlose Massentestungen von Symptomlosen (ca. 1,5 Mio PCR-Tests pro Woche).

Wer hat in den Leitmedien erfahren, dass sich die WHO in ihrem „Bulletin of the World Health Organization; Type: Research Article ID: BLT.20.265892“ vom 14.10. 2020 der Einschätzung des Nobelpreisträgers Prof. John P A Ioannidis (Stanford University) angeschlossen hat? Dieser resümiert darin, dass bis 12. Sept. eine halbe Milliarde Menschen weltweit, weit mehr als die vermuteten 29 Millionen, bereits Kontakt mit diesem Virus hatten - und wir von einer realistischen Infektions-Sterblichkeitsrate von weit unter 0.20 % ausgehen können, die durch angemessenere, nicht pharmazeutische Maßnahmen, sogar noch weiter abgesenkt werden kann. Von hastig vorangetriebener Impfstoffherstellung, die alle wissenschaftlichen Standards (und mögliche Nebenwirkungen) über den Haufen wirft, sowie von den Massenimpfungen von Gesunden, an denen die Pharmaindustrie Milliarden verdient, hält Prof. John P A Ioannidis nichts.

Kommen wir zurück zum offenen Dialog und zur fairen wissenschaftlichen Debatte. Die demokratischen Einmischungsmöglichkeiten von Basisbewegungen dürfen nicht weiter so behindert und schikaniert werden. Der öffentliche und wissenschaftliche Debattenraum muss wieder geöffnet werden, wissenschaftliches Ringen um die Wahrheit gibt es nur im konträren Diskurs. Die Gewaltenteilung muss wieder reinstalled werden. Es kann nicht so weitergehen mit einer omnipotenten Exekutive, die sich unerhörte Eingriffs- und Kontrollkompetenzen anmaßt. Glücklicherweise gibt es noch einige Gerichte (auch Verfassungsgerichte), die ihren Job machen und viele unangemessene Verordnungen wieder aufheben. Das neue Buch des Gründers der online Plattform „Nachdenkseiten“ Albrecht Müller (Jahrgang 1938 und ehemals Berater von Willy Brandt) „Die Revolution ist fällig – aber sie ist verboten“ liest sich wie ein Aufruf an die jungen Menschen, sich mit dem Gedanken an eine Revolution zu beschäftigen. Das sollte uns zu denken geben.

Literaturhinweise und -empfehlungen:

Arvay, Clemes G. (2020): Wir können es besser - Wie Umweltzerstörung die Corona-Pandemie auslöste und warum ökologische Medizin unsere Rettung ist. Bastei Lübbe / Quadriga Verlag

Bruder, Klaus-Jürgen; Bialluch, Christoph; Günther, Jürgen; Nielsen, Bernd; Zimmering, Raina (2020): Digitalisierung - Sirengesänge oder Schlachtruf der kannibalistischen Weltordnung. Westend Verlag Frankfurt a.M.

Elsner, Wolfram (2020): Das chinesische Jahrhundert. Die neue Nummer Eins ist anders. Westend Verlag Frankfurt a.M.

Engelbrecht, Torsten; Köhnlein, Claus (2020): Virus-Wahn. 9. erweiterte Auflage. Emu Verlag, Lahnstein

Hartmann, Michael (2018): Die Abgehobenen. Wie die Eliten die Demokratie gefährden. Campus Verlag Frankfurt

Hofbauer, Hannes / Kraft, Stefan (Hg.) (2020): Lockdown 2020. Wie ein Virus dazu benutzt wird, die Gesellschaft zu verändern. Promedia Verlag, Wien

Hofbauer, Hannes (2020): Europa. Ein Nachruf. Promedia Verlag, Wien

Mausfeld, Rainer (2019): Angst und Macht: Herrschaftstechniken der Angsterzeugung in kapitalistischen Demokratien. Westend Verlag

Müller, Albrecht (2019): Glaube wenig. Hinterfrage alles. Denke selbst. Westend Verlag Frankfurt a.M.

Müller, Albrecht (2020): Die Revolution ist fällig. Westend Verlag Frankfurt a.M.

Ploppa, Hermann (2019): Der Griff nach Eurasien. Liepsen Verlag Marburg

Reiss, Karina; Bhakdi, Sucharit (2020): Corona Fehlalarm? Zahlen, Daten und Hintergründe. Goldegg Verlag Berlin

Schreyer, Paul (2020): Chronik einer angekündigten Krise. Wie ein Virus die Welt verändern konnte. Westend Verlag, Frankfurt a.M.

Schwab, Klaus (2020): Covid 19 - The Great Reset / Der große Umbruch. Forum Publishing, Cologny/Genf

5. Über #aufstehen und #aufstehen-Bremen

Auf Bundesebene ist der #aufstehen Verein mit Rundmails, WEB-Auftritt und Social Media öffentlich präsent. Unsere Aktion zusammen mit dem Bremer Friedensforum zur „Solidarität mit Julian Assange!“, an der ca. hundert Bremerinnen und Bremer am 15. Oktober demonstrierten, fand Eingang in den bundesweiten #aufstehen WEB-Auftritt: <https://aufstehen.de/web/solidaritaet-mit-assange/> Der #aufstehen youtube Kanal veröffentlicht regelmäßig Videos mit Sarah Wagenknecht, Fabio de Masi und ab November nun regelmäßig „Das rote Telefon“ mit Oskar Lafontaine. #1: US-Wahl <https://www.youtube.com/watch?v=mPjhD0MtCts>

Der Schwerpunkt liegt weiterhin bei den lokalen Gruppen und Initiativen.

Die Koordinierungsgruppe in Bremen konnte ab Juli 2020 wieder monatlich (neuerdings Montags abends 19h) tagen. Im Moment ist es schwierig, sich zu treffen. Den Aktionsgruppen ging es ebenso, teilweise wurde auf online-meetings ausgewichen. Termine und Themen werden auf unserer WEB-Seite laufend aktualisiert. - Bleibt uns gewogen, schaut dort vorbei und fühlt Euch eingeladen, mitzumachen bzw. eigene Aktionsgruppen zu gründen zu Themen, die euch „auf den Nägeln brennen“. Es ist dringlicher denn je, den Debattenraum zu weiten, und soziale, ökologische, friedenspolitische und demokratische Basisbewegungen wieder stark zu machen. Wir machen auf jeden Fall weiter!

Für unsere WEB-Seite und Social Media haben wir verschiedene kleine Redaktionsgruppen, um unsere Sichtweisen, unsere Veranstaltungen und unsere Aktionen unter die Leute zu bringen. Wir verfassen eigene Berichte mit Fotos und Videos und verwenden Beiträge von anderen Alternativ-Medien und verlinken zu interessanten WEB-Seiten, hervorzuheben ist da die Seite des [Bremer Friedensforums](#) und [Nachdenken in Bremen](#). Wir begrüßen eine lebendige und auch kontroverse Diskussion und laden Euch ein, interessante Internetlinks zuzusenden, eigene Beiträge bei uns einzureichen und sich auf Social Media in die Debatten aktiv einzubringen, zu „ liken“ und zu „reposten“. Hier noch einmal die LINKS zu

- unserer Homepage: <https://www.aufstehen-bremen.org>
- unserem Facebook-Account: <https://www.facebook.com/groups/313376332637420/>
- unserem Twitter-Account: <https://twitter.com/AufstehenBremen>
- unserem Instagram-Account: <https://www.instagram.com/aufstehen.bremen/>

Dies ist der sechste Newsletter. Der Newsletter erscheint unregelmäßig. Wer in Zukunft auch die nächsten Nummern erhalten will, muss - wenn noch nicht geschehen - sich über unsere Webseite für den Empfang des Newsletters anmelden. Formular online ausfüllen: <https://www.aufstehen-bremen.org/index.php/newsletter-neu>. (Natürlich kann der Newsletter dort auch abbestellt werden.)

6. Wie immer: der Spendenaufruf

Wir bestreiten damit die Kosten für Technik, Raummieten, Flyer, Plakate und Transparente. Ansonsten machen wir dies hier alles ehrenamtlich. Alle sind eingeladen, sich mit kleinen und großen Spendenbeiträgen zu beteiligen,

oder noch besser Daueraufträge einzurichten. Im Unterschied zu Parteien oder einflussreichen Think Tanks erhalten wir keinerlei staatliche Unterstützung.

Unser Spendenkonto lautet: Ekkehard Lentz (Stichwort: aufstehen-Bremen)
IBAN: DE 47 2501 0030 0123 2683 06 BIC: PBNKDEFF

Danke ! Und, da wir vor Jahresende keinen weiteren Newsletter versenden, einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Im Auftrag der Koordinierungsgruppe von #aufstehen Bremen, erstellt von: Erich Sturm, Wolfgang Vormann, Franziska Friedensfels, Ekkehard Lentz, Rodolfo Bohnenberger

Anhang: Veranstaltungsankündigungen unserer Bündnispartner



Geplanter Kongress in Bremen findet online statt

Bremen. Der ursprünglich als Präsenz-Veranstaltung im Konsul-Hackfeld-Haus in Bremen geplante Kongress "Herausforderungen für Frieden und Umwelt" am 27. und 28. November wird aufgrund der Corona-Pandemie jetzt ausschließlich online via Zoom ausgerichtet.

Die Konferenz thematisiert die doppelte Bedrohung durch Aufrüstung und Umweltzerstörung für globale Friedenssicherung und internationale Stabilität. "Gewaltkonflikte und Wettrüsten sind neu entbrannt, zwischen den Großmächten und in Krisenherden weltweit. Dies opfert Gesundheit, Umwelt und Entwicklung, und steht einer Lösung globaler Probleme im Wege...", heißt es in der Einladung.

Veranstalter sind die bundesweite Initiative "NaturwissenschaftlerInnen - Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit" (NatWiss), das Bremer Friedensforum und

das Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FifF). Die Veranstalter bitten um Anmeldung: geschaeftsfuehrung@natwiss.de, Stichwort: Kongress. Die Teilnahme ist kostenlos. Nach der Anmeldung erhalten Sie eine Bestätigung und einen Zugangslink für die Teilnahme.

Programm:

<http://natwiss.de/kongress-herausforderungen-fuer-frieden-und-umwelt/>

<https://www.bremerfriedensforum.de/1315/aktuelles/Einladung-zum-Kongress-Herausforderungen-fuer-Frieden-und-Umwelt>

Friedensratschlag 2020 als digitaler Friedensratschlag - am 6. Dezember

Kassel. Aus dem Aufruf für den diesjährigen bundesweiten Friedensratschlag:

- Weltkriegsgefahren entgegentreten - Wandel zum Frieden einleiten!
- Keine neuen Atombomber - alle Nuklearwaffen abrüsten
- Killerdrohnen verhindern und Rüstungsexporte verbieten
- Abrüstung und Konversion für Klimaschutz, Gesundheit und soziale Wohlfahrt

Der 27. Friedensratschlag wird aufgrund der Corona-Situation dieses Jahr digital stattfinden.

Das Programm: <https://www.friedensratschlag-digital.de/programm/>

Die Anmeldung: <https://www.friedensratschlag-digital.de/anmeldung/>

Die Ausstrahlung erfolgt am 6. Dezember 2020 über den Offenen Kanal Kassel und YouTube. Es werden zusätzlich Workshops über Zoom angeboten. Weitere Informationen:

<https://www.bremerfriedensforum.de/1316/aktuelles/27-Friedensratschlag-als-digitaler-Friedensratschlag/>